

Am Helene-Weigel-Platz tut sich allerhand. Manch Bewohner versteht nicht so recht, was dort schon wieder gebaut wird. Wir baten den zuständigen Bezirksstadtrat für ökologische Stadtentwicklung um Auskunft. Seite 2

Das Zentrum für Kultur- und Zeitgeschichte Berlin - neuer Wissenschaftsstandort, innovativer Lernort - künftig auch Erlebnisort für kulturelle Veranstaltungen im Bezirk - stellte sich im Rahmen eines Diskussionsabends vor Seite 6

Die Jugendseite - die siebte in Folge - mit den Themen: Rosen oder Nelken? / G wie Gender / Unsere DozentInnen gehen uns alle an - sowie Tipps, wie man Kontakt zur Linksjugend bekommen kann: Treff am 1. Sonntag im Monat. Seite 7

8. März 2008 - Internationaler Frauentag

Für Sie, für Euch, liebe Marzahn-Hellersdorfer Frauen, liebe Kolleginnen, liebe Genossinnen, die besten Wünsche für einen schönen Tag, gemeinsam mit anderen - fröhlich und besinnlich, mit Kultur und Politik.

Viel ist los am und rund um den 8. März. Das ist gut so - aber es war nicht immer so. Die Frauen in der Bundesrepublik (alt) haben sich bis in die 80er Jahre hinein den Frauentag regelrecht erkämpft. Diffamiert als „kommunistischer Propagandatag“, wollten selbst die Gewerkschaften lange den 8. März nicht anerkennen. Damals störte vor allem auch, dass dieser Tag auf die konsequente Antikriegsfrau, Sozialdemokratin und spätere Kommunistin Clara Zetkin zurückging.

Besonders auch deshalb ist es gut, dass wir Frauen uns erinnern und traditionell am 8. März in Marzahn Rosen für Clara am Clara-Zetkin-Denkmal niederlegen. Wir wollen und wir müssen uns erinnern - insbesondere wir Frauen in der neuen LINKEN - an unsere Wurzeln, an unsere Vorkämpferinnen für gesellschaftliche (und innerparteiliche) Veränderungen im Sinne von Emanzipation, Gleichstellung und gegen Diskriminierung. Wir müssen lernen aus dem Wirken von Rosa Luxemburg und Alexandra Kollontai, der Frauen der bürgerlichen Frauenbewegung, der Antifaschistinnen, der Sozialistinnen in der DDR und - ob grün oder rot - in der BRD. Ich wünsche mir sehr, dass wir linke Frauen unsere Geschichts- und Zukunftsdebatten gemeinsam mit anderen Frauen (und Männern) offensiv auch in unserem Bezirk führen.

Den 8. März haben wir Gewerkschaftsfrauen uns damals aber nicht verbieten lassen. Wir haben uns diesen Tag als „unseren Tag“



einfach genommen. Wir haben unsere Erfolge gefeiert und unsere Forderungen laut und deutlich öffentlich gemacht, so beispielsweise die nach einer eigenständigen Existenzsicherung, unabhängig vom Partner. Heute ist vieles erreicht, manches erst in jüngster Zeit, vor allem hier in Berlin und mit Rot-Rot: Bei der Frauenförderung in der Wissenschaft und in der Wirtschaft steht Berlin bundesweit an der Spitze.

Noch immer brandaktuell ist die Forderung nach Abschaffung von Minijobs und von Niedriglöhnen, die zum Leben nicht reichen. Davon sind vor allem Frauen betroffen. Fast 3,5 Mio. Frauen waren es bundesweit im Juli 2007.

2008 steht der Frauentag bei den Gewerkschafterinnen unter dem Motto: Frauen verdienen mehr! Wir wollen den gesetzlichen Mindestlohn! In der Partei DIE LINKE haben die Gewerkschaften für die Umsetzung dieser Forderung eine zuverlässige Partnerin. Und in Berlin hat die Koalition ganz aktuell ein neues Vergabegesetz mit Tariffindung und einem Mindestlohn von 7,50 Euro für alle Branchen auf die politische Agenda gesetzt - wozu es vor allem aus Unternehmerkreisen starken Gegenwind gibt.

Hier in Marzahn-Hellersdorf fand am 5. März 2008 Uhr in der Alice-Salomon-Fachhochschule die 1. Marzahn-Hellersdorfer Frauenkonferenz statt. Eine neue Form der Vernetzung und Verständigung unter Frauen soll sich in unserem Bezirk entwickeln. Allen, die daran beteiligt waren, den Teilnehmerinnen, jungen und alten, wünsche ich viel, viel Erfolg für neue Wege in der Frauenarbeit. Und dazu werde ich, so gut ich kann, beitragen.

Bärbel Holzheuer-Rothensteiner (MdA)

Was gibt's noch?

Seite 2:

Zur Person: Annemarie Schmidt / Petra Pau: Bundestag aktuell

Seite 3:

„Heli“ wäre sicher nicht unzufrieden / Infosplitter / Sozialpolitisches

Seite 4: Bericht von der BVV-Sitzung / Aus dem Bezirksvorstand

Seite 5:

Landes- und Kommunalpolitisches

Seite 6:

Siedlungsgebiete / Politische Bildung

Seite 7:

Jugendseite

Seite 8:

Tipps und Termine

Zur Person: Annemarie Schmidt

Ohne Arbeit geht es nicht

Annemarie Schmidt ist eine junge Genossin, auch wenn ihr Geburtsdatum etwas anderes sagt. Vor fünf Jahren zog sie von Hoyerswerda nach Berlin-Hellersdorf. Nach dem Zusammenschluss zur LINKEN trat sie ein in die Partei, deren Sympathisantin sie schon immer war.

Die Aufbruchstimmung, vor allem die Reden von Gysi, Lafontaine und die Auftritte von Petra Pau haben ihr Aufschwung gegeben. In der Geschäftsstelle, dem Linken Treff in der Henry-Porten-Straße, hat ihr gleich die Atmosphäre gefallen. So hat sie ihre Hilfe angeboten, steht auf Abruf bereit für Unterstützung im Linken Treff, hilft zum Beispiel beim Falten von „Marzahn-Hellersdorf links“.

Aufgewachsen ist Annemarie in einem Elternhaus mit linkem Gedankengut. Beruflich war sie in ganz unterschiedlichen Bereichen tätig. Wegen Höhenuntauglichkeit konnte Annemarie in ihrem erlernten Beruf als Betonfacharbeiterin nicht arbeiten. Sie sattelte um, wurde Postfacharbeiterin für Betriebs- und Fernmeldewesen in Schwarze Pumpe.

Mit ihrem kleinen Adoptivsohn war es nicht leicht, den Spätdienst zu leisten. Wieder orientierte sich Annemarie neu, arbeitete als Helferin im Kindergarten, hat dann Erziehungshelferin gelernt. Die Arbeit mit Kindern hat ihr Spaß gemacht.



Annemarie Schmidt Foto: S. Behrens

1992 wurde der Kindergarten leider wegen der demografischen Entwicklung geschlossen.

Annemarie hat sich Beschäftigung in einer Gaststätte zur Aushilfe gesucht und eine Umschulung zur Sozialberaterin für Jugend und Familie absolviert.

Seit 1992 ist sie zu Hause, hat ihre Mutter gepflegt und sich mehrere Jahre ehrenamtlich im Straffälligenhilfeverein e.V. Hoyerswerda engagiert. Unter anderem in der Elternarbeit, in einer Selbsthilfegruppe. Aber auch mit straffälligen Jugendlichen selbst, zum Beispiel Begleitung bei Behörden- und Ämtergängen. Als die Zuschüsse wegfielen, musste der Verein leider seine Tätigkeit einstellen. Wenn Resozialisierung erfolgreich sein soll, ist Arbeit das Wichtigste für die straffällig gewordenen Jugendlichen, so Annemarie Schmidt. Sonst sind die Rückfälle programmiert. Auch heute interessiert sie sich für Jugendliche und ihre Probleme.

Gern würde sie auf dem Gebiet der Jugendhilfe oder im sozialen Bereich tätig werden, auch als Bürgerdeputierte für die Fraktion der LINKEN im Bezirk und ihre Erfahrungen einbringen.

Wegen der Folgen einer Krebserkrankung hat sie einen Antrag auf Erwerbsunfähigkeitsrente gestellt. Auch darüber spricht sie ganz offen, wie über ihr Dasein mit „Hartz IV“ und den Wunsch, sich sinnvoll in die Gesellschaft einzubringen. Das ist der Motor, den sie für ihr Leben braucht.

Sabine Behrens

Petra Pau (MdB):

Bundestrojaner angekettet

Es war ein gutes Urteil. Manche nennen es sogar historisch. Auf jeden Fall war es weitsichtig und weitreichend, was das Bundesverfassungsgericht am 27. Februar 2008 in Karlsruhe verkündete. Es ging um so genannte Online-Durchsuchungen. Um Krimineller oder Terroristen besser habhaft zu werden, soll das Bundeskriminalamt künftig via Internet in private Computer eindringen dürfen, um dort klammheimlich alle gespeicherten Daten einzusammeln. Technisch geht

Karlsruhe. Es wurde vom Verfassungsgericht in tausend Stücke zerrissen und für grundgesetzwidrig erklärt. Ein Einbruch in Privatcomputer sei ein nicht hinnehmbarer Einbruch in die geschützte Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger, argumentierte der zuständige Senat. Das war ein großer Tag für die Bürgerrechte und für die Demokratie.

Vor der letzten Konsequenz schreckten aber selbst die Bundesrichter zurück. Denn die klarste Alternative zu mehr oder weniger Online-Durchsuchungen wäre überhaupt keine Online-Durchsuchung.

Soweit ging das Gericht dann doch nicht. Aber es stellte für den gut zu begründenden Fall der Ausnahme von der Regel sehr hohe Hürden auf. Und es betrat Neuland. Mit dem Urteil wurde ein bislang nicht verbrieftes Grundrecht auf „Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme“ definiert. Klingt kompliziert, heißt im Klartext aber schlicht: Mein Laptop gehört mir und die darauf gespeicherten privaten Daten gehen den Staat nichts an. Sie dürfen auch nicht klammheimlich erbeischt werden. Die Bundestrojaner wurden also angekettet. Das war eine höchstrichterliche Backpfeife für die Schäubles & Co.

Jetzt Neuigkeitenbrief bestellen:

http://www.petrapau.de/cgi-data/newsletter/abo_form.html

das, indem zum Beispiel scheinbar harmlose Programme auf den Computer lanciert werden, die sich dann unbemerkt als gefährliche Spione erweisen. Mit einer ähnlichen List sollen dem Mythos nach die Griechen ins uneinnehmbare Troja gelangt sein, daher auch der Name Bundestrojaner für die elektronischen Eindringlinge heute.

Bundesinnenminister Schäuble will seit langem das Bundeskriminalamt zu alledem ermächtigen. Das CDU-regierte Nordrhein-Westfalen war sogar schon vorgeprescht und hatte ein entsprechendes Landesgesetz erlassen. Um dieses Gesetz ging es nun in

Zur Kasse bitte...

Spitzenverdiener und Spitzensteuersatz

Die etwa 12.400 deutschen Einkommensmillionäre kriegen p. a. 33 Milliarden EUR, zahlen aber nur 1,1 Mrd. EUR Steuern.

Das entspricht einem realisierten Steuersatz von etwa 4 %.

Rein rechnerisch sollten bei einem Spitzensteuersatz von derzeit 42 % aber runde 13,8 Mrd. EUR in die Staatskasse fließen!

Die nicht eingezogenen rund 12,7 Milliarden EUR, die allen Steuerbürgern zugute kommen sollten, schenkt der Staat den Einkommensmillionären – jedem de facto eine Million EUR!

Nichts ist umsonst ... oder

In welchem Interessenskonflikt befindet sich das Machtinstrument der herrschenden Klasse – der Staat – dass es hier nicht im Eigeninteresse Macht zeigt?

R. Rüdiger

„Helli“ wäre sicher nicht unzufrieden

Die Weigel, von ihren Freunden nur „Helli“ genannt, wäre sicher nicht unzufrieden mit dem aktuellen Geschehen an dem nach ihr benannten Platz im gesellschaftlichen Zentrum der Marzahner Großsiedlung.

Die öffentliche Hand hat in den zurückliegenden Jahren getan, was sie konnte. Der Bezirk hat mit Unterstützung des Senats Fördergelder in Millionenhöhe für die Umgestaltung des Platzes eingesetzt. Der Bereich des Wochenmarktes hat bereits ein neues Gesicht. Aktuell wird der Bereich um den „Brunnen der Generationen“ wieder in Anlehnung an die historische Gestaltung hergerichtet. Gleichzeitig setzte der Bezirk in den letzten drei Jahren mit Hilfe von Beschäftigungsförderprojekten eine schrittweise Renovierung des Springpfuhlparks um.

Am Montag, dem 14. April 2008, 19 Uhr, wird im Alten Rathaus, Helene-Weigel-Platz 8, 12681 Berlin, Foyer, den Bürgerinnen und Bürgern der vierte Bauabschnitt vorgestellt. Die Kolleginnen und Kollegen des Natur- und Umweltamtes werden den Stand der Bau- und Planungsleistungen dieses über mehrere Jahre konzipierten Projektes erläutern und mit den Anwesenden ins Gespräch kommen. Das städtische Wohnungsunternehmen DEGEWO hat ebenfalls in den letzten Jahren erhebliche Mittel für die Sanierung seiner Wohngebäude bzw. der umliegenden Flächen eingesetzt.

Die im vergangenen Jahr notwendig gewordene Loggia-Sanierung am Hochhaus Helene-Weigel-Platz 13 soll in diesem Jahr abgeschlossen werden.

Schwierig gestalten sich nach wie vor die Entwicklungsmöglichkeiten im Bereich des Einzelhandels. Nachdem der Eigentümer des ehemaligen Kaufhauses, TLG, im vergangenen Jahr erklären konnte, dass der Ankermieter KAISER'S am Ort sein Angebot aufrechterhalten will, sind die Versuche, eine ergänzende Angebotsstruktur zu entwickeln, bisher nicht erfolgreich gewesen.

Hier ist das Bezirksamt in unterschiedlicher Weise regelmäßig mit den verschiedenen Akteuren in Kontakt und versucht, die Entwicklung voranzutreiben.

Unabhängig von dieser Entwicklung bleibt die Auffassung des Bezirksamtes, dass das Dienstgebäude Altes Rathaus Helene-Weigel-Platz 8 auch weiterhin seine jetzigen Angebote für die Bürgerinnen und Bürger vorhält. Daran ändern die Untersuchungen, die im Rahmen der Konsolidierung des Bezirkshaushaltes gemacht werden, nichts.

Sollten die Verhandlungen mit dem Berliner Immobilienmanagement (BIM) als für den Bezirk vorteilhaft zum Abschluss zu bringen sein, wird das Dienstgebäude auch unter Verwaltung der BIM weitergeführt.

Das „Alte Rathaus“ ist heute ein Haus des Bauens, der Jugend, der Demokratie und soll dies noch lange bleiben.

Wir hoffen, dass die Bemühungen mit der TLG und Dritten in absehbarer Zeit auch zu einer sichtbaren Entwicklung des Einzelhandelsstandortes führt.

Norbert Lüdtke, Bezirksstadtrat für Ökologische Stadtentwicklung

Fraktion DIE LINKE stellt sich den sozialen Problemen im Bezirk

Die Fraktion der LINKEN in der BVV führte Ende Januar 2008 eine Anhörung zur sozialen Situation im Bezirk durch. Mehr als 50 Vertreterinnen von Projekten, Kirchen, freien Trägern und Betroffenen folgten unserer Einladung. Die eingeladenen Vertreter des Sozialprojektes „Die Arche“ erschienen leider nicht und ließen sich wegen einer Mitgliederversammlung entschuldigen.

Dagmar Pohle, Manuela Schmidt und die Vorsitzende der bezirklichen Seniorenvertretung, Regina Saeger, skizzierten die sozialen Problemlagen bei Betrachtung der Arbeitslosigkeit, der starken Zunahme von Kinderarmut und von Altersarmut in unserem Bezirk.

Einigkeit herrschte in der Einschätzung der Folgen von Hartz IV. Seit der Einführung hat sich die soziale Situation der Betroffenen nicht nur finanziell, sondern auch gesundheitlich und kulturell verschlechtert. Die Träger und Projekte berichteten von Verschuldungssituationen, zunehmendem psychischem Druck und Angstzuständen bei Betroffenen. Trotz

zahlreicher Angebote des Bezirkes bleibt das Problem der fehlenden Jobs bestehen. Dazu kommt, dass für viele Arbeitslose die Rückkehr auf den Arbeitsmarkt eine Illusion ist. Sie werden in der vom Kapital dominierten Arbeitswelt dauerhaft nicht mehr benötigt.

Deshalb ist der richtige Ansatz der LINKEN, Fördermöglichkeiten zur sinnvollen gesellschaftlichen Mitarbeit zu schaffen, weiterzuführen. Die Arbeit in den Stadtteilzentren und den Jugendhilfezentren haben sich bewährt.

Die Fraktion wurde aufgefordert, sich für die Schaffung von Stadtteilbudgets einzusetzen, die Fortführung von Projekten des öffentlichen Beschäftigungssektors zu sichern und die Wohnungsunternehmen des Bezirkes bei der Lösung der Wohnungsfrage für sozial Schwache einzubinden. Die Fraktion wird die Kooperation mit den bezirklichen Akteuren fortsetzen und sich gemeinsam mit ihnen den sozialen Herausforderungen stellen.

Zoe Dahler

Sozialpolitische Sprecherin der Fraktion

Infosplitter

Stolpersteine

Schülerinnen und Schüler des Bernstein-Gymnasiums haben in Zusammenarbeit mit der Leiterin des Bezirksmuseums Recherchen für mehrere Stolpersteine durchgeführt und abgeschlossen. Nachdem auch die finanziellen Mittel aufgebracht wurden (durch Spenden), können Stolpersteine für zwei Familien verlegt werden. Weitere sechs Stolpersteine sollen in der Lemkestraße für die Angehörigen der Familie Guthmann, die in Konzentrationslagern umgekommen sind, verlegt werden. Die Mitglieder der Fraktion in der BVV haben dafür bereits 100 Euro gespendet.

Arbeitsgruppe TVO

Das Bezirksamt hat eine Arbeitsgruppe zum Problem Tangentialverbindung Ost unter Leitung von Bezirksstadtrat Christian Gräff (CDU) gebildet. Weitere Mitglieder: Vorsitzende zuständiger Ausschüsse der BVV Marzahn-Hellersdorf und Lichtenberg, Vertreter der Bezirksamter Lichtenberg und Treptow-Köpenick und BVV Köpenick, Vertreter SenStadt, der Präsident des VDBG, Vertreter des ADAC, Vertreter des Marzahn-Hellersdorfer Wirtschaftskreises.

Straßenunterhaltung

Das Tiefbauamt hat auf der Heerstraße zwischen Schwalbenallee und Köpenicker Straße Ausbesserungsarbeiten vorgenommen und Schlaglöcher beseitigt. Auf Grund des dünnen Straßenbelages treten jedoch immer wieder Schäden auf, welche aber wegen ihrer geringen Stärke keine Gefahrenstellen darstellen. (Aus einer Vorlage des Bezirksamtes)

Schulwegsicherung

Der Beschluss der BVV, einen Fußgängerüberweg in Höhe des Hofeingangs der „Friedrich-Schiller-Schule“ einzurichten, kann nicht umgesetzt werden. (Entscheidung der Straßenverkehrsbehörde)

Umsetzung der „Konzeption Europaviertel“

Da die künstlerische Umsetzung innerhalb des Pilotprojektes (Stendaler Straße 30 – 42) nicht überzeugt hat, wird derzeit mit einem neuen Netzwerk von Künstlern zusammengearbeitet. Derzeit werden von insgesamt vier unterschiedlichen Künstlerteams für jeweils drei Länder Entwürfe erstellt. Die Entwürfe werden Ende Februar bezirksintern und im Anschluss daran der Öffentlichkeit und vor allem den Mietern zur weiteren Diskussion vorgestellt.

Die gesamten Sanierungsarbeiten werden insgesamt zwei Jahre in Anspruch nehmen. Eine Aufteilung der 2008 und 2009 umzusetzenden Arbeiten soll bis Ende Februar erfolgen. Anhand dieser Entscheidung wird sich auch die weitere künstlerische Gestaltung (Umfang) der Fassaden ausrichten.

Renate Schilling

Verordnete berieten über Zukunft der Gebäude

BVV tagt erst wieder im April

In der 18. Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung standen die Großen Anfragen im Mittelpunkt.

DIE LINKE fragte das Bezirksamt nach dem aktuellen Stand der Verhandlungen mit der Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM). Das Bezirksamt hatte in den vergangenen Monaten ein Angebot für die Übertragung bezirkseigener Gebäude angefordert. Das nunmehr vorliegende sei jedoch nicht in unserem Sinne, hieß es von Seiten des Bezirksamtes. In diesem Zusammenhang fasste die BVV letztlich einen Beschluss, der vorsieht, über das bereits beschlossene Konsolidierungskonzept hinaus, keinerlei Gebäude an die BIM zu übertragen. Im Konzept ist die Abgabe der Bürodienstgebäude Helene-Weigel-Platz und Premnitzer Straße vorgesehen.

Ebenfalls von der Linksfraktion angeregt, beriet die BVV über den Stand der Einführung des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors. In Berlin sollen nunmehr insgesamt 10.000 Stellen geschaffen werden, davon ca. 2.000 in Marzahn-Hellersdorf. Das Bezirksamt informierte über Schwierigkeiten bei den Auswahlkriterien für die BewerberInnen. Trotz dessen werden wir auch in Marzahn-Hellersdorf unser Referenzprojekt umsetzen.

Auf Anfrage der SPD-Fraktion diskutierten vornehmlich die JugendpolitikerInnen über die Entwicklung der Hilfen zur Erziehung. Manuela Schmidt machte für das Bezirksamt

deutlich, dass der neuerliche Anstieg der Fälle, in denen das Jugendamt Hilfen gewähren müsse, mit der sozialen Entwicklung im Bezirk in Zusammenhang stehe. Die dadurch entstehenden Mehrkosten für den Bezirk sollten durch das Land abgedeckt werden.

Im Verlauf der Sitzung fasste die BVV einen Beschluss, erst wieder im April regulär zu tagen. Krankheitsbedingt ist derzeit nur eine Mitarbeiterin der BVV im Dienst. Daher wird es auch an dieser Stelle den nächsten BVV-Bericht erst wieder in der Mai-Ausgabe von „Marzahn-Hellersdorf links“ geben.

Bjoern Tielebein

Wie geht's weiter?

Auf eine mündliche Anfrage des Verordneten Klaus Schubert (DIE LINKE) informierte Bezirksstadtrat Stefan Komoß (SPD) ausführlich, dass es bei den Reparaturmaßnahmen an der **Helmut-Behrendt-Schwimmhalle am Helene-Weigel-Platz** derzeit einen Baustopp gebe, weil die Dachkonstruktion nicht sicher sei. Mit einer Wiedereröffnung noch in diesem Jahr könne kaum gerechnet werden.

H. Bejot

Aus dem Bezirksvorstand

Auf Initiative von Ulrich Clauder beriet der Bezirksvorstand zu dem Thema „Tangentialverbindung Ost („Osttangente)“. Dem liegt der Beschluss der Hauptversammlung vom 21 April 2007 zugrunde, dessen Inhalte bestehen

- in der zügigen Entlastung der Anlieger in Biesdorf-Süd bei Schutz der Erholungs- und Naturräume in der Wuhlheide vor weiteren Verkehrsschneisen, was komplexe Lösungen unter Einschluss des öffentlichen Personennahverkehrs erfordert,

- in der Sicherung, dass künftige Planungen mit den beteiligten Bürgern abzustimmen sind. Eine Abkürzung für den LKW-Transitverkehr zwischen A 10 Nordring und A 113 im Süden in der Nähe von Wohngebieten ist auszuschließen.

Es besteht dringender Abstimmungsbedarf mit den zuständigen Verwaltungen, den BVV von Marzahn-Hellersdorf, Lichtenberg und Treptow-Köpenick, Naturschutzverbänden, Deutscher Bahn und BVG.

Der Vorstand beruft für April eine Gesprächsrunde mit Experten ein, um zu den Hauptfragen eigene Positionen erarbeiten zu können. Sprecher der „Anrainer-BO“ können sich an die Geschäftsstelle wenden.

Das „Linke Wirtschaftsforum“ Marzahn-Hellersdorf“ hat zum 3. Mal zum Unternehmer-

frühstück ins Schloss Biesdorf eingeladen. Initiator ist unser Bezirksverband, Gastgeberinnen sind Petra Pau und Dagmar Pohle. Diesmal war die Senatorin Katrin Lompscher zu den Themen „Umweltzone“ und Nichtraucherchutzgesetz“ eingeladen. So haben wir eine Chance gefunden, linke UnternehmerInnen, GeschäftsführerInnen von Vereinen, Freiberufler, linke Studenten für die Politik der Partei zu interessieren. Das Unternehmerfrühstück, bei Schmalzstullen und sauren Gurken, ist eine lebendige Form, um die von politischen Kontrahenten verbreitete Behauptung, die LINKE habe von Wirtschaft keine Ahnung, zu widerlegen.

Für den 27. April ist der Volksentscheid zur Offenhaltung des Flughafens Tempelhof vorgesehen. Wir verstehen das als einen zutiefst politischen Vorgang. Von den Befürwortern der Offenhaltung des Flughafens wird mit Argumenten aus der Zeit des Kalten Krieges - Berlin als Frontstadt - operiert, und heute geht es ihnen darum, der Berliner Regierung mit LINKER Beteiligung, eine Niederlage zu bereiten. Deshalb sind wir aufgefordert, uns aktiv in dieser Kampagne zu engagieren. Der Vorstand hat sich in einer ersten Verständigung mit dem Maßnahmenplan befasst.

Wilfried Maier

Die Blendgranatenwerfer ...

... der Münchner Sicherheitskonferenz vom 8.2.-10.2.2008

Ein ehemaliges Verteidigungsbündnis mutiert zu einem Angriffspakt. Diesen Eindruck muss man jedenfalls gewinnen, lauscht man aufmerksam den Ausführungen der so genannten Sicherheitspolitiker. Das aggressive Fördern der Administration in Washington in Person des Verteidigungsministers Gates nach aktiver Sterbebegleitung durch Bundeswehrsoldaten ist der vorläufige Höhepunkt einer anmaßenden und heuchlerischen Politik. Leider hat sich die Bundesregierung schon längst zu Vasallen von Folterern und Kriegsverbrechern gemacht, denn als etwas anders kann man die jetzige Führung in den USA kaum bezeichnen. Nähme man das Grundgesetz ernst, müsste man aus der NATO austreten, da sie ohnehin nur der verlängerte Arm Washingtons ist. Wie unglaublich diese Leute sind, zeigten die Antworten des Nato-Generalsekretärs Jaap de Hoop Scheffer auf die Fragen des russischen Verteidigungsministers Ivanov, warum, nachdem die CIA festgestellt habe, der Iran entwickle keine Atomwaffen, ein Raketenabwehrschild in Europa notwendig sei? Er droste ein, zwei unkonkrete Phrasen, da er einfach keine einleuchtende Begründung fand. Diese Leute widersprechen sich permanent selbst, wie Senator Liebermann, welcher seinem eigenen Geheimdienst widerspricht und ihn oder sich ad absurdum führt. Leider sind unsere deutschen Spitzenkräfte, wie beispielsweise Horst Teltschik, keinen Deut besser, ja, sie bringen es gar fertig, die Demokratie, welche sie weltweit verteidigen wollen, in Frage zu stellen. Mit den Worten, Volkes Meinung sei nicht maßgeblich für militärpolitische Entscheidungen, hat sich dieser Mann für mich als Demokrat disqualifiziert. Weiterhin das kollektive Jammern von Jung & Co. über das unaufgeklärte Volk, welches einfach nicht in selbstgerechte Kriege am Hindukush oder sonst wo ziehen will. Da haben unsere freien Medien noch eine Menge Arbeit vor sich, dass Wahlvolk endlich aufzuklären. Vielleicht tut es ja eine Spende an Springer!

M. Borchert

Bei anderen gelesen:

Zitat der Woche unter <http://zitate.net/>

Vertrauen ist das Gefühl, einem Menschen sogar dann glauben zu können, wenn man weiß, dass man an seiner Stelle lügen würde.

*Henry Louis Mencken
12.09.1880 - 29.01.1956
US-amerikanischer Schriftsteller*

Soziale Gerechtigkeit heißt auch gleiche Bildungschancen!

Die Fraktion der LINKEN befasste sich im Februar 2008 mit den vom Bezirksamt vorgelegten Leitlinien zum Schulentwicklungsplan des Bezirkes. Bei Anwesenheit von Vertretern der GEW Marzahn-Hellersdorf und von Dr. Gabriele Hiller (MdA) bildete sich die Fraktion ihren politischen Standpunkt zur weiteren Schulentwicklung. Die Fachgruppe Jugend, Bildung, Kultur und Sport unter Leitung von Ute Thomas übergab der Fraktion ein Diskussionsmaterial, das die bildungspolitischen Ziele der LINKEN zum Ausdruck brachte.

Mit der Schulnetzplanung sind die Voraussetzungen für die optimale Entwicklung jedes Schülers zu schaffen. Neben den angekündigten Informationen zu geplanten Vorhaben ist die Beteiligung und Einbeziehung der Schulgremien und der Bezirksverordnetenversammlung zu sichern. DIE LINKE setzt sich dafür ein, die Dreigliedrigkeit des derzeitigen Schulsystems schrittweise zu überwinden.

Deshalb fördern wir das vom Bezirksstadtrat Stefan Komoß (SPD) politisch unterstützte Projekt einer Gemeinschaftsschule in der Mozart-Grundschule. Allerdings sind für den Erfolg der Gemeinschaftsschule die notwendigen materiellen, personellen und räumlichen Bedingungen durch das Land Berlin zu sichern. Das gilt auch für die bestehenden Grundschulen. Der Ansatz der Ganztagsbetreuung in der offenen und gebundenen Form bietet hier gute Voraussetzungen für die individuelle Förderung der Schüler. Die Konzepte zur Integration von Kindern mit Behinderungen und Einschränkungen sind dabei wie der Erhalt der vier Sonderschulstandorte im Bezirk zu sichern.

Ein vollwertiges Schulesen in guter Qualität ist eine Voraussetzung für gute Lernergebnisse. DIE LINKE fordert, allen Schülern zu ermöglichen, am Schulesen teilzunehmen. Die sozialen Stadtteilzentren, die Jugendhilfeeinheiten und die Schulen sind durch Kooperationen weiter zu vernetzen, um die Voraussetzungen zum sozialen Lernen, Umweltbildung und kulturelle Bildung zu verbessern. Die Fraktion unterstützt den Ansatz der Leitlinien, für Absolventen der Oberschulen Maßnahmen zur Arbeitsaufnahme und Lehre zu fördern und durch Berufsorientierung und eine Exzellenzinitiative eine berufliche Perspektive zu bieten.

Unsere Fraktion fordert nun von der Abteilung Bildung, dass nach diesen Leitbildern nunmehr der Entwurf der Schulnetzplanung bis März 2008 vorgelegt wird. Hier werden wir uns konstruktiv bei Einbeziehung der demokratischen Gremien des Bezirkes und der GEW einbringen.

Klaus-Jürgen Dahler, Fraktionsvorsitzender

Ziel ist gemeinsame Lösung mit den Gewerkschaften

Wie die DIE LINKE für Mitwirkungsrechte streitet

In den vergangenen Wochen war in einigen Zeitungen davon die Rede, dass Berlin die Mitwirkungsrechte im Öffentlichen Dienst erheblich beschneiden würde. Richtig ist, dass wir als LINKE gemeinsam mit den anderen Fraktionen derzeit eine Änderung des Personalvertretungsgesetzes im Abgeordnetenhaus beraten und beschließen wollen. Ausgangspunkt dafür ist ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Personalvertretungsrecht in Schleswig-Holstein aus dem Jahr 1995, was dazu führt, dass die rechte Opposition von uns seit Jahren verlangt, das Personalvertretungsrecht »verfassungskonform« zu machen. Ein Angriff auf die Mitbestimmung, der u.a. von den Unternehmerverbänden gutachtlich flankiert wird.

Im Gegensatz dazu suchen die Linksfraktion und die SPD-Fraktion in der Debatte mit dem zuständigen Innensenator nach Lösungen, wie die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts umgesetzt werden können und gleichzeitig so viel Mitbestimmungsrechte wie möglich erhalten bleiben.

Mit diesem Ziel haben wir seit dem Sommer 2007 zusammen mit dem Hauptpersonalrat, dem DGB, mit ver.di, der GEW und der Gewerkschaft der Polizei gemeinsame Arbeits-

gruppen gebildet. Teile der Ergebnisse dieser Beratungen finden sich in der Gesetzesvorlage des Innensensors wieder – andere, uns wichtige, aber nicht.

Das Gesetz befindet sich jetzt im parlamentarischen Gang. Das bedeutet, dass in den entsprechenden Ausschüssen Sachverständige angehört werden und das Gesetz diskutiert ggf. verändert werden kann, ehe es schließlich vom Plenum des Abgeordnetenhauses beschlossen wird.

Wir haben mit der SPD und den Gewerkschaften verabredet, im Rahmen des parlamentarischen Beratungsverfahrens nach gemeinsamen Lösungen für strittige Punkte zu suchen. Die Linksfraktion wird diese Gespräche sehr ernsthaft führen und dafür sorgen, dass die von uns kritisierten Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts ohne eine Revision der Mitbestimmung umgesetzt werden und unser Berliner Personalvertretungsrecht damit rechts- und bestandssicherer wird. Die Mitbestimmung in Berlin wird auch nach Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens im Bundesvergleich vorbildlich sein.

Carl Wechselberg

Mitglied des Abgeordnetenhauses

Würdigung der Familie Guthmann

Am 27.2.2008 um 11 Uhr fand in Mahlsdorf-Nord eine Platzbenennung für die Familie Guthmann statt. Mit der Namensgebung will der Bezirk an das Schicksal der Familie Guthmann erinnern.

Herr Leopold Guthmann und seine Familie nahmen auf Einladung des Bezirksamtes an der feierlichen Platzbenennung teil. Der namenlose Platz erhielt den Namen Guthmannplatz.

Die jüdische Familie Guthmann zog im Jahre 1933 nach Mahlsdorf-Nord und lebte dort in der Lemkestraße 156 unweit dieses Platzes.

Alle Familienmitglieder wurden von den Faschisten ins NS-Vernichtungslager Auschwitz gebracht und kamen, bis auf den Sohn Leopold, nicht mehr zurück. Er überlebte jahrelange Zwangsarbeit.

Sein Vater Otto Guthmann wurde in Berlin als Sohn eines Papierhändlers geboren. Im ersten Weltkrieg wurde ihm das Eiserne Kreuz verliehen, zugleich war er überzeugter Sozialist. An einem der Feiertage, an denen er geflaggt hatte, rissen ihm die Nazis die schwarz-rot-goldene Fahne herab, denn sie wussten, dass er Jude war. Später wurde die gesamte Familie nach Auschwitz deportiert.

Leopold, der das Martyrium überlebte, hat bis heute die Häftlingsnummer von Auschwitz auf seinem Arm tätowiert. Die Familie Guthmann wanderte nach dem zweiten Weltkrieg nach Belgien aus.

Herrn Guthmann berührte es sehr, dass er so ein solch tolles Geschenk bekommen hat – und das an dem Tag, der zugleich der Geburtstag seiner Tochter ist.

Martin Fedorin, Praktikant, Schüler der Oskar-Schindler-Oberschule, Berlin-Hohenschönhausen



Leopold Guthmann mit seiner Familie

Foto: M. Fedorin

Politische Bildung:

Das Zentrum für Kultur- und Zeitgeschichte Berlin

Neuer Wissenschaftsstandort, innovativer Lernort - künftig auch Erlebnisort für kulturelle Veranstaltungen in Marzahn-Hellersdorf

Ganz so neu ist das Zentrum für Kultur- und Zeitgeschichte Berlin nicht, denn den Kernbereich, das Zeitgeschichtliche Archiv gibt es schon seit 1993. Damals sollte das frühere Zentrale Pressearchiv der DDR in das Bundesarchiv übernommen werden. Dafür waren allerdings die Mittel knapp, und ohne Aufstockung des Haushaltsbudgets haben die Verantwortlichen „nein“ gesagt. Als Alternative blieb die Müllhalde. Als das publik wurde, haben beherzte und engagierte Menschen aus dem Berlin-Brandenburger Bildungswerk e.V. nicht lange gefackelt, die Akten auf LKWs verladen und in eine ehemalige Fabrikhalle nach Fürstenwalde ausgelagert. Von dort aus haben sie die digitale Erfassung sämtlicher Bestände vorbereitet und, mit Arbeitsfördermaßnahmen unterstützt, auch begonnen.

Worum geht es eigentlich? In mehr als 20.000 Aktenordnern wurden zwischen 1946 und 1992 rund 3 Mio. deutschsprachige Artikel aus Presseerzeugnissen des ost- und westeuropäischen Raumes gesammelt und thematisch geordnet. Damit

ist das Zeitgeschichtliche Archiv eines der größten Pressearchive Deutschlands. Die Entwicklung der einzelnen Länder der Erde und internationaler Organisationen oder die Geschichte beider deutscher Staaten, ihre gegenseitigen Beziehungen und außenpolitischen Aktivitäten kann genauso recherchiert werden wie regionalgeschichtliche Themen oder Fragen der Kulturentwicklung. Besonders interessant ist eine Reihe von längst vergessenen Zeitungen aus den ersten Nachkriegsjahren. Zugleich wird die unterschiedliche Sichtweise auf die Dinge und die Veränderung des Blickwinkels im Verlaufe von fast 50 Jahren nachvollziehbar.

Inzwischen sind über 1 Mio. Artikel digital erfasst und können nach Titel, Presseerzeugnis, Erscheinungsdatum, Verfasser(in), Land, Ort, Personen u.a. Suchkriterien kostenlos über das Internet unter www.zeitgeschichte.de recherchiert werden. Als Quelle für zeithistorische Dokumentationen wird das Archiv inzwischen auch weltweit, vor allem von Wissenschaftler(inne)n genutzt. Es ist aber auch ein innovativer Lernort für

Schulen, weil hier die jüngere Geschichte authentisch befragt werden kann.

2007 ist das Archiv nach Marzahn gezogen, am 19. September wurde es eröffnet. Ein solcher Ort darf und will nicht anonym bleiben. Deshalb suchen die Mitarbeiter(innen) von Anfang an die Zusammenarbeit mit bezirklichen Einrichtungen wie Schulen, Bibliotheken und freien Trägern. Ziel ist es, das Spektrum der Kultur- und Bildungsangebote im Bezirk um einen attraktiven Ort zu bereichern.

So hat sich das Zentrum für Kultur- und Zeitgeschichte jüngst im Marzahner Gesellschaftspolitischen Forum vorgestellt. Eins der nächsten Projekte ist für den Bezirk ganz bestimmt interessant: Ende April soll der 1982/83 in Marzahn gedrehte Film „Insel der Schwäne“ (Zschoche/Plenzdorf) wieder aufgeführt werden. Dazu eine Podiumsdiskussion mit dem Regisseur und mit einer Dokumentation der damaligen Pressereaktionen ergänzt lässt spannende Veranstaltungen erwarten.

Dr. Wolfgang Girnus

Aus den Siedlungsgebieten

Für einen Runden Tisch Wasser in Berlin!

Auf einer Diskussion der Fraktion der LINKEN mit ihren Bürgerdeputierten machte Eberhard Roloff nachdrücklich auf das Problem des Berliner Wassernetzes, der maroden Abwasserleitungen und der privatisierten Wasserbetriebe aufmerksam.

Er wies berechtigt daraufhin, dass DIE LINKE im Bezirk hier schon mehrfach Beschlüsse in Richtung des Landesverbandes gefasst hat. Wir treten nach wie vor für die Rücknahme der Privatisierung der Wasserbetriebe ein und unterstützen die Verbände und Organisationen der Natur- und Umweltverbände, der Siedler und Kleingärtner sowie des VDG, die einen Berliner Runden Tisch „Wasser“ einfordern.

Soziale Gerechtigkeit heißt auch, dass Wasser- und Abwasserpreise bezahlbar sind, und zwar für Mieter und auch für Eigentümer.

Das Bezirksamt informierte im Januar 2008 am Beispiel des Waldowteiches, wie kompliziert sich hydrologische Vorgänge darstellen können. Hier wurde von Anwohnern beklagt, dass die Wasserzufuhr nicht ausreiche und kein ausreichender Wasserstand mehr vorhanden sei. In Auswertung der Grundwasserhöhen und der Niederschlagsereignisse wur-

de festgestellt, dass der Grundwasserstand im Gebiet des B1-Centers in den vergangenen Jahren stark rückläufig ist.

Das derzeit anstehende Grundwasser befindet sich ca. einen Meter unter dem Teich. Somit konnte selbst bei der Einleitung größerer Wassermengen kein befriedigender Wasserstand erreicht werden. Durch eine Umstellung einer Pumpe am Waldowteich wurde die Absenkung des Grundwassers minimiert und der Wasserstand im Teich erhöht. Eine Überprüfung der Wasserstände erfolgt durch das Bezirksamt. Wenn keine Kellerwasserschäden im Gebiet auftreten wegen des angehobenen Grundwasserstandes, kann sich der Waldowteich wieder erholen. Von diesem erhöhten Wasserstand würde der See profitieren

Klaus-Jürgen Dahler

Fraktionsvorsitzender der LINKEN in der BVV

Mehr LINKE im Internet:

die-linke.de
die-linke-berlin.de
dielinke-marzahn-hellersdorf.de
petrapau.de

Post an uns:

Hamburg – vor der Wahl, nach der Wahl

Nach Bremen, Niedersachsen und Hessen musste es für DIE LINKE möglich sein, in ein weiteres Landesparlament einzuziehen. Davon inspiriert, meldeten sich spontan mehrere Genossen unseres Bezirksverbandes, um die Hamburger Genossinnen und Genossen beim Wahlkampf zu unterstützen. So versorgten wir am Sonnabend, dem 16.2., im Stadtteil Wandsbek ca. 3000 Haushalte mit dem Brief, den Gregor Gysi und Oskar Lafontaine zur Wahl verfasst hatten. Gleichzeitig unterstützten wir mit weiterem Material die Kandidaten zur Bezirksversammlung von Wandsbek, darunter auch ein älterer Genosse der DKP, dessen Standhaftigkeit und Optimismus uns beeindruckten.

Inzwischen liegt das Wahlergebnis vor: 6,4 % für die linke Liste zur Bürgerschaft, darunter als bestes Ergebnis im Wahlkreis 3 - Altona 9,6 %. Sicher haben wir mehr erwartet. Dieses Ergebnis ist steigerungsfähig, wenn wir uns nicht selbst im Wege stehen und programmatische Positionen glaubwürdig vertreten. Trotz alledem: Unser Einsatz zur Hamburgwahl hat sich gelohnt.

Viktor Durnick
Sprecher BO 12

Rosen oder Nelken?



Diese Frage stellt sich mir in einem jeden Jahr im März. Der Internationale Frauentag, den wir oder besser gesagt vornehmlich die Frauen unter uns am 8. März begehen, ist jedoch nicht nur ein Tag für Blumen und andere Geschenke, sondern vielmehr auch immer wieder Anlass, über die Notwendigkeit dieses Tages nachzudenken.

In unserem Bezirk leben 250.000 Menschen, davon 51 % Frauen - gut ein Drittel davon sind Jugendliche. Fragt mensch junge Frauen nach dem Stand der Gleichberechtigung der Geschlechter in unserer heutigen Gesellschaft, gehen die Antworten weit auseinander. Unstrittig scheint jedoch, dass immer noch ein großes Defizit zwischen geschriebenen Absichten in Gesetzen und dem tatsächlichen Erleben existiert. Als bekennender Mann möchte ich mir nicht anmaßen einzuschätzen, wie die ganz persönliche Wahrnehmung solcher Defizite ist, jedoch ist auffällig sichtbar, dass in den unterschiedlichen Jugendkulturen sexistische Einstellungen teilweise Hochkonjunktur haben.

Ein Beispiel: Hip Hop ist heute fester Bestandteil der Musikkultur. Doch wissen die HörerInnen eigentlich immer genau, was sich in den Liedtexten abspielt? Und wenn ja, warum nimmt das Interesse an besonders brutalen und sexistischen Texten immer weiter zu? Nicht nur, dass traditionelle Geschlechterrollen alles andere als gebrochen sind, scheint es so, als würde die Dominanz von

Männern über Frauen wieder attraktiver. Eine Auseinandersetzung mit derartigen Texten und Einstellungen findet nur selten statt. Hip Hop, der diese Fragen kritisch aufwirft, wird selten in der Öffentlichkeit wahrgenommen.

Wir, die Männer in der Redaktion dieser Jugenseite gratulieren allen Leserinnen zum Internationalen Frauentag! Ein Tag, der als Kampf- und Feiertag (und wenn es nach der LINKEN geht als gesetzlicher Feiertag) immer noch seine Berechtigung für die Gleichstellung der Geschlechter hat!

Bjoern Tielebein,

Stellv. Vorsitzender Ausschuss für Gleichstellung und Menschen mit Behinderungen

Kontakt zur Linksjugend:

Geschäftsstelle DIE LINKE
 Marzahn-Hellersdorf

Henny-Porten-Straße 10-12
12627 Berlin

Internet: www.linksjugend.org
 E-Mail: linksjugend@web.de

G wie Gender

Die moderne Sozialwissenschaft versteht unter dem Begriff Gender das gesellschaftlich konstruierte soziale Geschlecht, wodurch Rollenbilder und Diskriminierung entstehen. Aber wieso? Frauen und Männer sind doch gleichgestellt?

Eine rechtliche Gleichstellung ist hierzulande tatsächlich erreicht, die Benachteiligung von Frauen erfolgt heute auf anderen Ebenen. So sind sie länger arbeitslos als Männer und arbeiten wesentlich häufiger für Niedriglöhne und in Mini-Jobs. Folglich liegt das durchschnittliche Einkommen von Frauen ca. 20 % unter dem von Männern. In Führungspositionen großer Unternehmen sind Frauen fast gar nicht vertreten. Auch in der Politik sind sie unterrepräsentiert. Dies betrifft auch unsere Partei, obwohl DIE LINKE von allen im Bundestag vertretenen Parteien mit ca. 45 % den deutlich höchsten Anteil weiblicher Mitglieder aufweist. Deshalb stehen gerade wir in der Verantwortung, aktiv der strukturellen Diskriminierung entgegenzuwirken. Frau sein darf nicht länger zu einer gesellschaftlichen Benachteiligung führen.

Wir fordern deshalb Maßnahmen, um die tatsächliche Gleichstellung in allen gesellschaftlichen Bereichen systematisch zu fördern. Dazu gehören die Umsetzung des EU-Grundsatzes „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ mit der Überwindung der Entgeltlücke zwischen Frauen und Männern, die Einführung eines Existenz sichernden Grundeinkommens sowie ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft, das den Anteil von Frauen in verantwortlichen Positionen erhöht.

Sarah Fingarow

„Unsere DozentInnen gehen uns alle an“

Studierende fordern Verbleib von Herrn Moreitz an der ASFH

Seit nunmehr fast zwei Monaten engagieren wir uns um den Erhalt des Lehrauftrages des Gastdozenten Herrn Michael Moreitz an der Alice-Salomon-Fachhochschule. Ihm wird durch die Hochschulleitung die Weiterführung laufender Seminare unmittelbar versagt. Die davon hauptsächlich betroffenen Student_innen wurden über diese Situation nicht von Seiten der Hochschulleitung informiert, geschweige denn ist klar, wer diese Seminare weiterführen soll.

Die Hochschulleitung führte bislang fragwürdige Gründe für diesen Schritt an. Zum einen werden die Lehrevaluationen des vorletzten Semesters herangezogen. Bislang galt die Praxis, dass erst nach einer zweiten unterdurchschnittlichen Evaluation ein Gespräch

mit dem Dozenten hierüber geführt wird. Bei Herrn Moreitz führte es zu seiner faktischen Kündigung.

Um unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen, haben wir in den letzten Wochen Unterschriften innerhalb der Studierendenschaft gesammelt. Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt haben ca. 400 Student_innen unterschrieben. Das entspricht in etwa einem Viertel der gesamten Studierendenschaft. Dies macht deutlich, dass ein Verbleib von Herrn Moreitz auch über die betroffenen Seminare hinaus an unserer Hochschule gewünscht wird.

Eine kleine Demonstration vor und in der ASFH sollte die Hochschulleitung und DozentInnen auf unser Anliegen aufmerksam

machen. Weitere Informationen hierzu und entsprechende Fotos sind auf der Internetseite des AstA der Hochschule unter asta.asfh-berlin.de zu finden.

Es darf an unserer Hochschule nicht zur Normalität werden, dass kritische und engagierte DozentInnen quasi willkürlich aus laufenden Veranstaltungen herausgenommen werden. Vor allem vor dem Hintergrund, dass Herr Moreitz seit 26 Jahren für die Hochschule tätig ist und gerade auf dem Gebiet der Antisemitismusforschung Aushängeschild der ASFH ist, erscheint diese Entscheidung äußerst fragwürdig.

Kritische Student_innen,
kritische_studentinnen@web.de

Veranstaltungen

» **8.3., 13 Uhr**, „Rosen für Clara“ - am Clara-Zetkin-Denkmal in Marzahn, Clara-Zetkin-Park, zwischen Flämingstraße, Niemecker Straße und Wittenberger Straße, 12689 Berlin

» **11.3., 19 Uhr**, KulturGut, Alt-Marzahn 23, 12685 Berlin, Marzahner Gesellschaftspolitisches Forum, **Diskussionsabend** zum Thema: Die DDR im Spannungsbogen von Spiegelmanifest und „Erster Deutscher im All“. Resümee einer Konferenz, Referent: Prof. Dr. Siegfried Prokop, Moderation: Dr. Wolfgang Girnus. Eine Veranstaltung des Gesellschaftspolitischen Forums Marzahns im Verein „Helle Panke“, Eintritt: 1,50 Euro

» **12.3., 19 Uhr**, Ulmen-Grundschule, Aula, Ulmenstraße 79, 12621 Berlin, **Einwohnerversammlung** Kaulsdorf

» **14.3. Kiezspaziergang** mit Wolfgang Brauer (MdA) und Petra Wermke (Vorsteherin der BVV)

» **29.3.** in der Umweltstation ALPHA II auf dem Abenteuerspielplatz Marzahn-Nord, Schorfheidestraße 52, 12689 Berlin, Telefon: 9377 1213, Straßenbahnlinien M 8 und 16, direkt an der Endhaltestelle Ahrensfelde:

15 - 18 Uhr, Alte Handwerkstechniken für Klein und Groß, Filzen, Kerzenziehen und Korbflechten

20 Uhr, Konzert mit der Gruppe „kiltyfanad“, Musik aus Irland & der Bretagne und Lieder von Gerhard Gundermann, mediterrane Küche und Lagerfeuer (ein Angebot im Rahmen der Marzahn-Hellersdorfer „kultour à la carte“)



Siegfrieds Frage

Der Euro Hawk ...

... als EU-Variante des strahlgetriebenen Global Hawk von EADS und Northrop Grumman, soll ab 2010 im AG 51 „Immelmann“ (dessen RECCE-Tornados z. Z. über Afghanistan) um den halben Erdball fliegen.

Die Bundesluftwaffe prüft weiterhin, jene Tornados durch Drohnen mit Turboprop-Antrieb, die gleichfalls mehr als 30 Stunden lang aus einer Höhe von bis zu 15 km als „fliegendes Auge“ den Boden mit Infrarot- und elektro-optischen Sensoren beobachten können, zu ersetzen. U. a. werden Funksignale, Radar- und Mobilfunkabstrahlung entdeckt und aufgezeichnet. Dafür modifizieren seit 2004 die deutsche Diehl BGT Defence und General Atomics Aeronautical Systems die Predator B.

Die Drohnen sollen von erfahrenen (sprich: älteren) Piloten - am Boden (fast) außer Gefahr - gesteuert werden.

Frage

Keimt solch' kombinierter Informations- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wegen nicht helle Freude und Hoffnung auf - beim Innen- und Arbeitsminister und gar der Gesundheitsministerin ...?

R. Rüdiger

Bezirksvorstand

» **11.3., 25.3.** jeweils 19.30 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, Beratungen des Bezirksvorstandes

Basisgruppensprecher-Beratungen

- » **2.4.**, 18 Uhr (BO Wahlkreis 4) Schloss Biesdorf, Alt-Biesdorf 55
- » **2.4.**, 19.30 Uhr (BO Wahlkreise 1, 2, 3) Alt-Marzahn 64 (bitte telefonisch erfragen bzw. im Internet nachsehen)
- » **3.4.**, 19 Uhr (BO Springpfuhl) Bürgerhaus, Marchwitzastr. 24/26
- » **3.4.**, 19.30 Uhr (BO Wahlkreise 5 - 7) Henny-Porten-Str. 10-12

Basistreffen

» **7.3.**, 18 Uhr, Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin, Thema : Soziale Stadt

IG / Freundeskreis

- » **27.3.**, 15 Uhr, Klubkeller, Alt-Marzahn 64, **IG SeniorInnen**
- » **20.3.**, 18 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Str. 10-12, **Freundeskreis Cuba**

BVV-Fraktion

» **Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE** im früheren Marzahner Rathaus, Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312), 12681 Berlin: mittwochs 14 - 18 Uhr, Telefon 54431890

Rentensprechstunde

» **17.3., 7.4., 21.4.** jeweils 10-12 Uhr in den Räumen des ver.di-Kieztreffs in den Ringkolonnaden, Mehrower Allee 28/30, Hilfe beim Antragstellen, Umgang mit Bescheiden

Sprechstunden

- » **12.3., 19.30 Uhr, Wolfgang Brauer** (MdA), **Petra Wermke** (BVV-Vorsteherin), 19.30 Uhr, KieKIn, Rosenbecker Straße 25/27, 12689 Berlin
- » **17.3., 16 - 17 Uhr, Dr. Margrit Barth** (MdA), Kulturzentrum M-Ost, Mehrower Allee 28-30 (Ringkolonnaden), 12687 Berlin, telefonische Anmeldung unter 23252536
- » **17.3., 17 - 19 Uhr, Dr. Gabriele Hiller** (MdA), Kino „Kiste“, Heidenauer Straße 10, 12627 Berlin
- » **19.3., 16 - 18 Uhr, Petra Pau** (MdB), Vizepräsidentin des Bundestages, Wahlkreisbüro Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, telefonische Anmeldung unter 99289380
- » **3.4., 15 - 17 Uhr, Bärbel Holzheuer-Rothensteiner** (MdA), LINKER TREFF, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin
- » **jeden Donnerstag, 10 - 13 Uhr**, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, **Klaus-Jürgen Dahler**, BVV-Fraktionsvorsitzender der LINKEN, für soziale Akteure und Hilfe für Arbeitslose

Geschäftsstelle und Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12
(fon: 5412130/9953508 - fax: 99901561)

Offen: Montag 13-17 Uhr, Dienstag 9 - 17 Uhr,
Donnerstag 9 - 19 Uhr, Freitag 9 - 15 Uhr

Geschlossen: Jeden Mittwoch und am 20.3.2008.

Impressum **Marzahn-Hellersdorf links**

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin. V.i.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Veröffentlichungen unter „Post an uns“ (Leserzuschriften) sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrender Kürzungen von Beiträgen vor.

Layout: Yvette Rami

Anschrift der Redaktion: Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin,
fon: 5412130/9953508, fax: 99901561.

Internet: www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

E-Mail: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Redaktionsschluss: 3.3.2008. Auslieferung ab: 5.3.2008. **Druck:** Eigen-
druck. „**Marzahn-Hellersdorf links**“ wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser
finanziert. Empfehlung: 25 Euro-Cent. Die nächsten Ausgaben erscheinen am
am 2.4.2008 und am 7.5.2008.